

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 70 (1991)
Heft: 2

Artikel: Die Verantwortung der europäischen Sozialdemokratie
Autor: Stibler, Linda
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340920>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Verantwortung der europäischen Sozialdemokratie



Linda Stibler

Von Linda Stibler

Vorderhand schweigen die Waffen am Golf. Der Konflikt ist nicht gelöst. Breite Bevölkerungsschichten in Europa – aber auch ein Teil der amerikanischen Bevölkerung – sind zwar nüchtern genug, um nicht in Jubel oder gar Siegestaumel auszubrechen. Aber man wird das Gefühl nicht los, dass die meisten diesen Krieg und seine Folgen so rasch als möglich verdrängen möchten. Und unausgesprochen schwingt auch die Erleichterung mit, dass der Krieg – gemessen am möglichen Risiko eines Weltkonflikts – noch glimpflich abgelaufen ist. Hurra, wir leben noch...

Wer aber das Grauen dieser Wochen mit einer Handbewegung unter den Tisch wischt, will sich weder mit seinen Ursachen noch mit seinen Folgen befassen. Er verzichtet auf die Analyse, die natürlich auch ein Stück Selbstkritik einschliessen kann. Es wäre eine Anmassung vorzutäuschen, diese Analyse liege bereits vor. Und vor groben Pauschalisierungen sei gewarnt. Trotzdem scheinen einige Fakten gesichert: Dieser Krieg wäre ohne die vorangegangene Liberalisierung im Osten – ohne Glasnost und Perestrojka – nicht möglich gewesen. Die USA haben sich jetzt eine Vormachtstellung im Nahen Osten gesichert. Das konnten sie zu diesem Zeitpunkt nur dank der Unterstützung der UNO. Unklar ist vorderhand, ob die Mitglieder der UNO in diesen Krieg

hineingeschlittert sind. Eine offene Frage bleibt auch, ob dieser Krieg erfolgreich hätte verhindert und der Konflikt ohne Gewalt gelöst werden können.

Dieser Frage – oder diesem Teilaspekt in der Analyse – möchte ich mich etwas näher zuwenden. Auch wenn die Liberalisierung im Osten einer dringenden wirtschaftlichen Notwendigkeit entsprach, konnte sie nur relativ gewaltfrei erreicht werden dank einer Bürgerbewegung, die auf gewaltfreien Widerstand eingeschwo-ren war. Es waren linksoppositionelle, intellektuelle und religiöse Gruppierungen – ähnlich den Bürgerbewegungen in Westeuropa –, die diese Ideen vertraten und in den Anfangsphasen auch die politische Gangart bestimmten. Mehr und mehr wurden sie aber durch andere Kräfte in den Hintergrund gedrängt, und in den veränderten Staaten des Ostblocks sind sie heute bereits wieder in der Position der Minderheit – eine Minderheit waren sie wohl immer.

Die Bürgerbewegungen in Ost- und Westeuropa haben in der Tat viel Gemeinsames. Sie sind heterogen, haben die unterschiedlichsten Anliegen und stehen auf unterschiedlichem weltanschaulichem Boden. In einem Ziel sind sie sich möglicherweise am Nächsten: der Sicherung des Friedens. Diese Bewegungen agieren selbständig; es gibt nur von Fall zu Fall gemeinsame Absprachen, und es existiert keine gemeinsame Plattform.

Wenn man also von Friedensbewegung spricht, so ist dieses heterogene, beinahe nicht bestimmbar Gebilde damit gemeint. Versuchen wir das an uns naheliegenden Beispielen in der Schweiz etwas näher zu beleuchten: Natürlich gibt es Gruppierungen, die sich ausschliesslich mit Friedensfragen befassen – darunter befinden sich ausgesprochen politische Kräfte (die PdA-nahe «Friedensbewegung» z. B.); die stärksten Gruppen sind jedoch nicht in der politischen Landschaft angesiedelt – und schon gar nicht im linken Spektrum. («Frauen für den Frieden» u. a.). Zu einer beachtlichen Kraft werden diese Friedensgruppierungen allerdings erst durch die Schützenhilfe und den Zugang anderer – der AKW-Gegner, Umweltgruppierungen, 3. Welt-Organisationen, feministischer Gruppen, der grünen Bewegung und nicht zuletzt einem guten Teil der politischen Linken – in unserem Lande sicher der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kräfte. Diese Gruppen sind aber – und das würde eine gefährliche Selbsttäuschung beinhalten – nicht einfach rechnerisch zusammenzuzählen. Sie überschneiden sich, weil sehr viele gesellschaftlich aktive Leute in verschiedenen Gruppen engagiert sind. Trotzdem ist die Gesamtzahl dieser Leute nicht zu unterschätzen. Ihr Einfluss könnte daher mächtig sein.

Warum also lässt sich im Bezug auf den Golfkrieg fragen, ist es dieser Bewegung weltweit denn nicht gelungen, die Ereignisse im Nahen Osten zu bremsen, die kriegerischen Auseinandersetzungen zu verhindern und gewaltfreien Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen? Mindestens auf ihre eigenen Regierungen hätten die Friedensbewegten wirksamen Druck ausüben können. Natürlich nicht auf jene Regierungen im Nahen Osten, die den Konflikt begrüsst. Geht man jedoch von der Übermacht der Indu-

striationen aus, so ist dieser Aspekt vernachlässigbar.

Dieser Druck hätte allerdings – um wirksam zu werden – in allen Industriestaaten gleichzeitig stattfinden müssen. Das scheiterte an den mangelnden Verbindungen in dieser Bewegung. Dieser Verbindungsmangel stellt sich nicht nur national, sondern europaweit. Es gibt auch keine – oder zu wenig tragfähige Verbindungen zwischen den Bürger- und Friedensbewegungen in Ost- und Westeuropa. Und leider fehlen sie – fast traditions-gemäss – auch zwischen den USA und Europa.

Als besonders tragisch erwies sich im Falle des Golfkrieges in den meisten Einzelteilen dieser Bewegung auch ein gravierender Mangel an politischem Überblick. Mit beinahe rührender Naivität glaubten doch viele Leute, die den fortschrittlichen Kräften zuzurechnen sind, dass nach den Erfahrungen in Osteuropa bereits das Zeitalter der friedfertigen Konfliktlösung angebrochen sei. Das ist eine unverzeihliche Unterschätzung der Militärs und des ganzen militärisch-wirtschaftlichen Komplexes. Die wirtschaftliche und politische Lage wurde völlig ausser Acht gelassen; ignoriert wurde die Tatsache, dass auch die USA vor schweren sozialen und wirtschaftlichen Problemen im eigenen Land stehen. Und erfahrungsgemäss werden Regierungen, wie diejenige Bushs, immer dazu verführt, inneren Problemen mit Aggression (und Kompensation) gegen aussen zu begegnen. Es ist ein zynischer Witz, dass gerade diese amerikanische Regierung den staunenden Völkern eine neue Weltordnung verspricht. Das wird die alte Weltunordnung sein, die ohne Zweifel in den nächsten Konflikt führt. Wir ersparen uns die Prognosen im Bezug auf das Überleben auf diesem Planeten.

Dass die Welt aber neuer Formen des Zusammenlebens bedarf – ich wei-

gere mich das überhebliche Wort «Ordnung» zu benützen – steht ausser Zweifel. Aber nur ein neues Mass an Gerechtigkeit und an sozialer Sicherheit für alle Menschen und für alle Völker wird neue Konflikte vermeiden und bestehende lösen. Die Weltbevölkerung wird auch keine Überlebenschance haben, wenn sie sich mit der Natur nicht versöhnt, das heisst mit der Umwelt ein stabiles Gleichgewicht findet. Viel gedankliche Vorarbeit in diese Richtung ist bereits geleistet worden – nicht zuletzt von jenen Gruppen, die das heterogene Gebilde der Friedensbewegten ausmacht. Aber es fehlt das überzeugende Gesamtbild.

Die stärkste Organisation unter den fortschrittlichen Kräften ist nach wie vor die europäische Sozialdemokratie. Gerade deshalb fällt ihr entscheidende Verantwortung zu. Sie könnte in diesem Prozess die Rolle eines Katalysators spielen. Auf den Boden der Realität gehoben, könnte das heissen: Eine neue Form der Internationale wäre fällig – eine Denkfabrik, aber auch eine Koordinationsstelle, die den Widerstand der fortschrittlichen Kräfte – zum Beispiel bei drohender Kriegsgefahr – organisiert.

Es liegt auf der Hand, dass eine derartige Organisation nicht auf dem Fundament der bestehenden Internationale aufgebaut werden kann. Sie darf weder von nationalen Interessen und schon gar nicht von sozialdemokratischen Regierungen dominiert werden. Sie müsste auch ein offeneres Gebilde als die heutige Internationale sein und vor allem die zersprengten linken Kräfte in Osteuropa sammeln können. Es würde sich jedenfalls lohnen, über solche neuen Formen laut nachzudenken und auch unkonventionelle Formen ins Auge zu fassen.